

„Vollkommener Wortbrei“

Interview Der SPD-Landtagsabgeordnete Gerhard Merz sammelt sinnlose Ausdrücke und Phrasen von Politikern

Wenn „Fäkalien nicht auf die leichte Schulter genommen werden dürfen“, hört der SPD-Landtagsabgeordnete Gerhard Merz genau hin und schreibt mit. Denn er sammelt „politischen Sprachmüll“. Im Gespräch mit Redakteurin Wiebke Rannenberg erzählt er auch, welche verqueren Wendungen er selbst schon benutzt hat.

In Ihrem Buch „Papyrrussiege II“ nehmen Sie über Parteigenossen hinweg Phrasen, Worthülsen und schiefe Sprachbilder aufs Korn. Trauen Sie sich noch, selbst im Landtag zu reden?

GERHARD MERZ: Ja, ja. Aber manchmal beobachte ich, wie mir selbst eines dieser schiefen Sprachbilder oder eines dieser Plastikwörter auf die Zunge gerät, und dann schlucke ich es runter und suche nach einer anderen Formulierung. Ich versuche, so wenig wie möglich in meinen eigenen Listen vorzukommen.

Aber ganz gelingt Ihnen das nicht?

MERZ: Nein. Eines meiner schönsten verrutschten Bilder habe ich bei einer Pressekonferenz gebracht: „Wir haben ein paar Flaschenhälse, in denen die Räder nicht ineinander greifen.“ Das ist ganz großartig. Ich habe es in dem Moment gemerkt, in dem ich es gesagt habe.

Aber da konnten Sie es nicht mehr zurückerholen.

MERZ: Nein, da war es draußen.

Sie haben es selbst aufgeschrieben?

MERZ: Ja. Da gibt es keinen Rabatt für irgendjemanden, auch für mich nicht.

Vorgestellt wurde Ihr Buch von einem politischen Gegenspieler, dem CDU-Mann und stellvertretenden Landtagspräsidenten Frank Lortz. Er hatte einige Komplimente für Sie: Er hört Sie gern reden. Und er sagte auch, Sie seien ein „begnadeter Zwischenrufer“. Üben Sie das?

MERZ: Nein. Entweder fällt mir was ein oder eben nicht. Ich habe einfach ein loses Mundwerk und ein großes Reservoir an Sprüchen.

Kann man das lernen?

MERZ: Ich mache ja nicht Standardzwischenrufe wie „Hört, hört“ oder „Blödmann“ – naja, Blödmann darf man sowieso nicht. Es gibt Methoden aus der Satire, die man bei Zwischenrufen gut verwenden kann. Zum Beispiel in das Gegenteil verkehren. Oder man muss das, was jemand sagt, auf die Spitze treiben.

Wie funktioniert das?

MERZ: Zum Beispiel die Gegenprobe: Die SPD sagt, sie möchte, dass alle gut leben. Und dann sagen Sie: Und die CDU möchte, dass alle Menschen schlechter leben. Da kann man das Phrasenhafte einer Aussage relativ einfach kenntlich machen.

Es wäre ja aber schade, wenn jetzt manche im Landtag Angst hätten, überhaupt noch frei zu reden. Besteht da die Gefahr?

MERZ: Nein, nein. Ich denke nicht, dass wegen meiner Beobachtungen auf die freie Rede verzichtet wird. Die Kolleginnen und Kollegen reden mit Manuskript, ausschließlich frei oder mit Stichworten. Das bleibt auch so.

Wobei ja auch ein Manuskript nicht vor schiefen Bildern schützt.

MERZ: Nein. Ein paar von meinen Lieblingen sind aus Manuskripten.

Welche sind das?

MERZ: Zum Beispiel: „Was heute Gegenwart ist, darf in der Zukunft nicht Vergangenheit sein.“ Da habe ich lange drüber nachgedacht. Und die SPD-Stadtverordneten in Wiesbaden teilten mit, „dass Fäkalien im Schwimmbecken nicht auf die leichte Schulter genommen werden“. Großartig.

Noch weitere?

MERZ: Da gibt es noch einige in meinem Buch. Aber es geht mir ja auch um Stereotype. Zum Beispiel „breit aufgestellt“. Und dass ununterbrochen „schallende Ohrfeigen“ ausgeteilt werden. Das habe ich über Jahre beobachtet und dann unserer Pressestelle gesagt, das möchten sie doch besser lassen. Seitdem sind schallende Ohrfeigen in Pressemitteilungen der SPD-Landtagsfraktion verboten.

Sie stören sich auch an der „Augenhöhe“. Warum?

MERZ: Es stört mich, dass mittlerweile jeder Depp diese Redewendung verwendet. Und dass sie ununterbrochen in unpassenden Zusammenhängen verwendet wird. Zum Beispiel vom Landtagsabgeordneten der Grünen, Marcus Bocklet: „Wir müssen die Augenhöhe der Quantität und der Qualität in der Kinderbetreuung herstellen.“ Das ist natürlich vollkommener Wortbrei. Das ist der Punkt. Viele dieser Bilder waren ursprünglich kräftig und unverbraucht, aber sie nutzen sich ab. Und werden in Kontexte übertragen, wo sie einfach nur noch schräg, aufgeblasen und blöd sind.

„Querdenker“ mögen Sie auch nicht.

MERZ: Daran verzweifle ich auch. Weil ich mich immer frage, was eigentlich so erstrebenswert daran ist, quer zu denken, wenn es doch nur darauf ankommt, vernünftig geradeaus und logisch zu denken. Und da haben wir noch nichts über Zeitungsüberschriften gesagt.

Möchten Sie etwas zu Zeitungsüberschriften sagen?

MERZ: Da gibt es einiges. Zum Beispiel: „Windräder schwimmen sich frei“. Oder „Bei Akkus ist noch



Hat nach eigener Ansicht ein loses Mundwerk: der SPD-Abgeordnete Gerhard Merz. Foto: dpa

Luft nach oben“ und „Kommunen ertrinken in Schwimmbädern“. Das ist in mehrfacher Hinsicht schräg und komisch. Das muss man auch erst mal hinkriegen. Wenn man viel schreibt und redet, dann ist die Gefahr, dass man mal sprachlichen Unsinn produziert natürlich höher.

Ihr Buch trägt den Untertitel „Vom Rubikon nach Waterloo“. Was läuft falsch mit Städtenamen und geographischen Bezeichnungen?

MERZ: Da ist jede Niederlage gleich ein Waterloo. Aber das schönste war die Befürchtung, dass „Dresden zum Mekka der Islamophoben werden soll“. Darauf muss man erstmal kommen. Und es war völlig unironisch gemeint!

Nach zehn Jahren im Landtag kandidieren Sie in diesem Jahr nicht mehr. Da fällt ja eine wichtige Quelle für weitere Bücher weg. Oder sitzen Sie dann auf der Zuschauertribüne im

Landtag und schreiben mit?

MERZ: Mal sehen...Vielleicht gucke ich mir ab und zu mal eine Debatte im Fernsehen an. Aber ich bin relativ zuversichtlich, dass ich bis zum Ende dieser Legislaturperiode im Sommer bei 2000 Einträgen auf meiner Liste gekommen sein werde. Und ich habe ja noch die Liste mit den Plastikwörtern wie „evidenzbasiert“. Das Material für weitere Bücher geht mir nicht aus.

Onlinedienst fürs Parken abgeschaltet

Wiesbaden. Bei einem gemeinsam genutzten Internetprogramm der Kommunen haben sich Sicherheitslücken aufgetan. Nach Recherchen der „Hessenschau“ des HR-Fernsehens war es in Frankfurt, Offenbach und Neu-Isenburg möglich, beim Ausfüllen von digitalen Anträgen für Parkausweise persönliche Daten von anderen Bürgern aus dem Einwohnermelderegister zu erhalten, etwa Geburtsdaten und genaue Anschriften. Entdeckt hatten die Sicherheitslücke Mitglieder des Chaos-Computer-Clubs in Darmstadt. Die drei betroffenen Städte hätten diesen Onlinedienst bei den Parkausweisen abgeschaltet. Seit einigen Monaten nutzen 500 Kommunen und Behörden in Hessen und Thüringen das neue Programm „Civento“, das für besondere Verwaltungsaufgaben im Netz vom kommunalen IT-Zweckverband ekom21 entwickelt wurde. Anders als die drei genannten Städte haben diese Gemeinden die Möglichkeit, Parkausweise online zu beantragen, aber nicht genutzt. Die Geschäftsführung des IT-Zweckverbands räumte die Sicherheitslücke ein. Man arbeite an Lösungen, deshalb seien die betreffenden Seiten vorübergehend nicht mehr funktionsfähig. red

Opposition rügt späte Antworten

Wiesbaden. Die schwarz-grüne Landesregierung lässt sich nach Meinung der Opposition häufig zu lange Zeit bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen. Er fühle sich wie ein Kind, das dem Christkind einen Brief schreibe, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Jürgen Lenders. Nach dem Abschicken sei Warten angesagt. In dieser Wahlperiode sei es „so schlimm wie nie“, erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph. Für seine Partei sei die Fristüberschreitung Taktik und diene dazu, Informationen vorzuenthalten. Laut Staatskanzlei konnten etwas mehr als die Hälfte der von November 2016 bis Oktober 2017 eingegangenen 538 Kleinen Anfragen fristgerecht innerhalb von sechs Wochen beantwortet werden. 62 Fälle seien noch in Bearbeitung. lbe

Wetzlar wehrt sich gegen NPD-Treffen

Wetzlar. Die Stadt Wetzlar wehrt sich gegen eine Gerichtsentscheidung, wonach sie der rechtsextremen NPD ihre Stadthalle im März für eine Wahlkampfveranstaltung überlassen muss. Es sei Beschwerde beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel (VGH) eingelegt worden, sagte ein Sprecher der mittelhessischen Kommune gestern. Das Verwaltungsgericht Gießen hatte im Dezember geurteilt, dass die NPD einen Anspruch habe, weil die Halle auch schon anderen Parteien zur Verfügung gestellt worden sei. Die Richter begründeten ihr Urteil damit, dass die Partei nicht verboten ist. lbe

Studierter Lehrer, langjähriger Politiker

Gerhard Merz, 1952 in Groß-Bieberau im Odenwald geboren, hatte in seinem Berufsleben immer wieder mit Sprache zu tun. Er studierte in Gießen Anglistik und Politikwissenschaft für das Lehramt, arbeitete in der Lehrerbildung, war Leiter des Jugendbildungswerkes der Stadt Wetzlar, hauptamtlicher Dezernent für Bildung und schließlich Pressesprecher des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Seit zehn Jahren sitzt Merz, der in Gießen lebt, für die SPD im

Landtag, wird aber in diesem Jahr nicht wieder kandidieren. Zudem schreibt er auf www.fuldainfo.de die satirisch-sprachkritische Kolumne „Merz hört mit“. Mit „Papyrrussiege II – Vom Rubikon nach Waterloo“ (VAS Verlag, Bad Homburg, 2017, 12,80 Euro) hat Merz sein zweites Büchlein über schiefe Bilder, hässliche Wörter und andere sprachliche Verirrungen in Landtagsreden, Pressemitteilungen und Zeitungen vorgelegt. ran

Prügelattacke: Großkreutz muss nicht aussagen

Darmstadt. In der Neuauflage des Prozesses um eine Prügelattacke auf Fußballprofi Kevin Großkreutz (29) muss der Weltmeister nicht aussagen. Bei der Berufungsverhandlung eines vom Amtsgericht Stuttgart verurteilten Schlägers am 24. Januar gehe es nur noch um eine mögliche Reduzierung der Strafe, sagte ein Sprecher des Landgerichts gestern. dpa

Steuerzahlerbund warnt vor Wahlgewchenken

Doppelhaushalt Trotz hoher Einnahmen gibt es keinen Spielraum für einen Stellenzuwachs, meint ein Experte

Der Steuerzahlerbund mahnte gestern zur Ausgabendisziplin. Denn das Land Hessen habe immer noch hohe Verbindlichkeiten.

Wiesbaden. Der Bund der Steuerzahler fordert von der Landesregierung vor der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2018/19, nochmals Einsparungen im Milliarden-

bereich zu prüfen. „Trotz hoher Einnahmen und leicht sinkender Schulden kann von finanzieller Entspannung in Hessen keine Rede sein“, erklärte der Haushaltsexperte Clemens Knobloch gestern in Wiesbaden.

„Krasser Widerspruch“

Vor allem die im Haushaltsentwurf vorgesehenen rund 3000 Neueinstellungen ständen im krassen Wi-

derspruch zur notwendigen Ausgabendisziplin.

Dass für einen Stellenzuwachs kein Handlungsspielraum existiere, zeige sich an den bestehenden Pensions- und Beihilfeverpflichtungen von rund 80 Milliarden Euro, die mit großem Abstand den umfangreichsten Posten der Verbindlichkeiten Hessens bildeten. In diesem Bereich müsse ebenso gegengesteu-

ert werden wie bei den stark angestiegenen Finanzhilfen, betonte Knobloch. Keinesfalls dürfe es wegen der bevorstehenden Landtagswahl zu übertriebenen Wahlgewchenken kommen.

Der Doppelhaushalt 2018/19 soll Ende Januar im Hessischen Landtag verabschiedet werden. Nach bisherigen Planungen sind für das Jahr 2018 Ausgaben von knapp

28,5 Milliarden und 2019 von 29,4 Milliarden Euro vorgesehen. Zur dritten und abschließenden Lesung wird es aber noch Änderungen geben. Wie sinnvoll mit dem inzwischen vielen Geld in der Staatskasse umgegangen werden soll, war bereits in der ersten Debatte nach der Einbringung des Doppelhaushalts durch den Finanzminister umstritten. lbe/kn

BIS 13.01. LIEFERUNG KOSTENLOS**

JETZT LUXUS SALE

BIS -44%*

ECKSOFA ab € 1.990,- | TISCHE ab € 895,- | BETTEN ab € 995,-

WHO'S PERFECT.
So will ich leben

FRANKFURT
MAINZER LANDSTRASSE 193